

Fraktion **direkt**

81 | 14. Juni 2013

Zur Lage

Schicksal der Vertriebenen gehört zur Geschichte Alle Seiten der Historie bestimmen die Identität einer Nation



Foto: Gätz-Schleser

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Geschichte bestimmt die Identität einer Nation. Wer wir Deutschen heute sind, lässt sich auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nur erklären, wenn wir unsere Geschichte kennen.

Dabei gilt es, alle Teile der Historie im Blick zu behalten – die dunklen Zeiten genauso wie die Stunden, in denen die Geschichte Deutschlands sich zum Positiven wendeten. Unsere Fraktion hat in dieser Woche zu dieser Erinnerungskultur wichtige Beiträge geleistet.

*„Wir dürfen den 17. Juni 1953
nicht aus dem Gedächtnis
verlieren“*

Am Montag haben wir in einer eigenen Gedenkveranstaltung den Aufstand des 17. Juni 1953 Revue passieren lassen. Vor 60 Jahren ging durch Ostdeutschland nicht nur der Ruf nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Aufstand war eine Erhebung für die Freiheit und die Einheit unseres Vaterlands.

Obwohl der Aufstand blutig niedergeschlagen wurde, blieb der 17. Juni auch danach der Tag, der den Freiheitswillen der Deutschen markierte. Freiheit ist möglich, mahnte uns dieses Datum. Letztlich hielt in den 80er Jahren aber nur noch die Union den Glauben daran wirklich aufrecht, dass die Einheit in Freiheit vollendet werden könnte – wie dies dann im Herbst 1989 in wunderbarer Weise tatsächlich geschah. Die Freiheitsbewegung des Herbstes 1989 hatte das Vermächtnis der Generation von 1953 vollendet. Deshalb dürfen wir den 17. Juni 1953 nicht aus dem Gedächtnis verlieren.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist für uns Deutsche nie einfach gewesen. Zu sehr schmerzen uns auch heute die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus. Lange Zeit fiel es vielen Deutschen zu Unrecht schwer, an die Wiedereingliederung von zwölf Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen zu denken, die in Folge des irrsinnigen Aggressionskriegs der Nationalsozialisten ihre Heimat verlassen mussten.

Am Donnerstag haben wir im Deutschen Bundestag zu Recht an diese großartige Integrationsleistung erinnert. Ihre rechtliche Grundlage war das Bundesvertriebenengesetz, das am 5. Juni 1953 in Kraft trat.

Die deutschen Heimatvertriebenen haben nicht nur ein oft sehr schweres Schicksal gemeistert. Sie haben sich um den Wiederaufbau in Deutschland wie auch um die Aussöhnung mit unseren Nachbarn verdient gemacht. Insofern ist es richtig, dass künftig an einem besonderen Ort der Leistung der Vertriebenen gedacht wird. Mit dem Bau des Dokumentationszentrums der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wurde an diesem Dienstag begonnen. Endlich, möchte man sagen.

Inhalt

Schicksal der Vertriebenen gehört zur Geschichte	1
Niemand wird allein gelassen	2
Erinnern an die Opfer von Vertreibung	3
Antisemitismus entschlossen bekämpfen	4
„Die Menschen brauchen schnelle und unbürokratische Hilfe“	5
Kräftige Finanzspritze für Krankenhäuser	6
Steuervorteile auch für homosexuelle Lebenspartnerschaften	6
Drei-Prozent-Hürde für Europawahlen beschlossen	7
Landleben hat Zukunft	7
Vertrauen in Banken wieder aufbauen	8
„Gesellschaft braucht Herzens- und Gewissensbildung“	8
„Teil der deutschen Freiheitsgeschichte“	9
Letzte Seite	10

Kommentar

Niemand wird allein gelassen

Hochwasserfolgen gemeinsam bewältigen



Foto: Henning Schucht

Gerda Hasselfeldt
Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Schon seit zwei Wochen hat die Flutkatastrophe unser Land fest im Griff. Das Hochwasser hat in weiten Teilen Deutschlands, vor allem im Süden und Osten, seine zerstörerische Kraft entfaltet. Auch wenn die Flusspegel wieder sinken, bleibt die Lage kritisch. Immer noch stehen große Flächen unter Wasser. Viele Menschen können noch nicht in ihre Häuser zurückkehren.

Das Wasser hat der Bevölkerung schlimmes Leid gebracht. Doch das wahre Ausmaß der Katastrophe wird voraussichtlich erst nach dem Rückgang der Fluten deutlich. Immense Schäden in bisher nicht bekanntem Ausmaß sind zu erwarten. Wohnhäuser, Firmengebäude, Kirchen, Kindergärten und Schulen, Straßen und Schienenwege, Äcker, Weideland und Tiere – nichts wurde verschont. In den kommenden Wochen werden die Aufräumarbeiten das Leben der Menschen in den betroffenen Regionen maßgeblich bestimmen.

Die Flut hat aber auch gezeigt: Deutschland hält zusammen, die Opfer sind nicht allein. Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Wohlfahrtsverbände, Bundespolizei und Bundeswehr sind unermüdlich im Einsatz und arbeiten Hand in Hand – unterstützt von zahlreichen privaten Initiativen. Dieser Zusammenhalt, diese

Solidarität machen auch ein wenig stolz auf unser Land, auf seine Bürgerinnen und Bürger. Ich finde es beschämend, wenn sich die Linkspartei ausgerechnet in den Tagen des größten humanitären Einsatzes der Bundeswehr im Plenum mit disqualifizierenden Bemerkungen gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten hervertut.

Soforthilfen fließen bereits

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich mehrfach persönlich ein Bild von den Schäden und den Hilfseinsätzen in den Flutgebieten gemacht. Das war richtig und wichtig. Sie, wie auch die zuständigen Kabinettsmitglieder und Ministerpräsidenten, haben damit bewiesen, dass sie hinter den Betroffenen stehen. Auch finanziell wird niemand allein gelassen. Wir setzen alles daran, den Menschen unkompliziert und zügig zu helfen. Die Soforthilfen fließen bereits. Von Hochwasser betroffene Betriebe werden etwa durch die zeitlich befristete Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen oder die Stundung fälliger Steuern entlastet. Um die Langzeitschäden zu bewältigen, braucht es eine nationale Kraftanstrengung: Bund und alle Länder werden gemeinsam die Mittel aufbringen. Das hat die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten vereinbart. Ich bin zuversichtlich, dass sich auch die Europäische Union am Wiederaufbau solidarisch beteiligen wird.

Wir wollen aufgrund der Hilfen kein anderes politisches Vorhaben zur Seite legen. Und: Wir brauchen auch für die Hilfen keine höheren Steuern. Die Flut hat Landwirtschaft, Industrie, aber auch Handel, Gast- und Verkehrsgewerbe schon genug in Mitleidenschaft gezogen. Um weiter für eine positive Entwicklung der Wirtschaft sorgen zu können, müssen wir Bürgern wie Unternehmen Luft und Freiraum lassen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Erinnern an die Opfer von Vertreibung

60. Jahrestag des Bundesvertriebenengesetzes – Regierungserklärung zum Zeichen der Verbundenheit



Foto: Tobias Koch

Volker Kauder redet im Plenum

Der Bundestag hat an die Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes vor 60 Jahren erinnert. Das Gesetz aus dem Jahre 1953 sei ein Dokument für gelebte Solidarität in Deutschland, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich in einer Regierungserklärung zum Jahrestag. Die Vertriebenen hätten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur materiell wiederaufgebaut, sondern auch wesentlich an den geistig-moralischen Grundlagen der Freiheitsordnung mitgearbeitet.

Die Charta der Heimatvertriebenen stelle eine „große Geste des Friedens“ dar, sagte Friedrich am Donnerstag im Bundestag. Der CSU-Politiker hob die Versöhnungsbereitschaft der Vertriebenen mit den östlichen Nachbarländern hervor. Sie hätten damit Brücken gebaut, lange bevor es Gespräche auf staatlicher Ebene gegeben habe, sagte er. Das Vertriebenengesetz regelt die Aufnahme, Betreuung und Eingliederung von Vertriebenen und Aussiedlern.

Vertriebene suchten Heimat und Chancen

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erinnerte daran, dass die Vertriebenen in der Nachkriegszeit nicht überall in der Bundesrepublik willkommen gewesen seien. Sie hätten „Heimat, Unterkunft und Chancen gesucht“ wie viele andere Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg auch. Kauder berichtete, dass seine Eltern als Deutsche aus dem ehemaligen Jugoslawien vertrieben worden seien. Als „Kind von Vertriebenen“ habe er in seiner Schulzeit nicht „von Anfang an dazugehört“. Er habe selbst einen Beitrag leisten müssen, um in diese neue Gesellschaft hineinzuwachsen. Ohne den starken Willen zur Integration wäre die Aufgabe nicht gelungen, sagte Kauder. Die Nationalsozialisten seien für die Vertriebenen das „Unglück ihres Lebens“ gewesen, berichtete der Fraktionsvorsitzende. Seine Mutter habe ihm damals gesagt: „Wenn die Nazis nicht gekommen wären, hätten wir ein anderes Leben führen können.“

Weltflüchtlingstag auch für Heimatvertriebene

Rund zwölf Millionen Deutsche wurden nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat vertrieben. 4,5 Millionen Menschen kamen in den vergangenen Jahrzehnten als sogenannte Spätaussiedler nach Deutschland. Nach einem vom Bundestag verabschiedeten Antrag, den die Koalition eingebracht hatte, soll sich daher die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen dafür einsetzen, den Weltflüchtlingstag am 20. Juni um das Gedenken an Heimatvertriebene zu ergänzen. Dieser Gedenktag solle dann auch in Deutschland begangen werden.

Dokumentationszentrum Flucht und Vertreibung

Das Dokumentationszentrum der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ widmet sich dem Schicksal der Opfer von Vertreibungen in Europa. Zum Baubeginn am Dienstag erinnerte Bundeskanzlerin Angela Merkel an die rund zwölf Millionen deutschen Vertriebenen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ost- und Südosteuropa in die Bundesrepublik kamen. Für die Ausstellung wird das Deutschlandhaus in der Nähe des Potsdamer Platzes saniert und umgebaut. 1.700 Quadratmeter stehen für die Dokumentation zur Verfügung. Die Kosten für Sanierung und Umbau des im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigten Deutschlandhauses belaufen sich auf rund 30 Millionen Euro. Das Geld kommt aus dem Etat des Kulturstatsministers.

„Mit dem Dokumentationszentrum wird eine Leerstelle in der Gedenkstätten- und Museumslandschaft Deutschlands geschlossen“, sagte Merkel. Flucht und Vertreibung nach 1945 hätten großes Leid und großes Unrecht über die Menschen gebracht. Dieses wäre aber nicht geschehen, wenn nicht Nazi-Deutschland den auf Vernichtung ausgerichteten Zweiten Weltkrieg angefangen hätte. Das Dokumentationszentrum sei deshalb auch auf eine europäische Versöhnung ausgerichtet.

Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Bundestag verabschiedet interfraktionellen Antrag – Jüdisches Leben in Deutschland fördern

In Deutschland gibt es nach wie vor einen erheblichen Antisemitismus. Für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist dieser Umstand nicht hinnehmbar. Insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, der Vertreibung und millionenfachen Ermordung der europäischen Juden, muss Antisemitismus hierzulande entschlossen bekämpft werden. Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen verabschiedeten dazu am Donnerstag einen Antrag im Bundestag. Darin heißt es: „Das entschlossene Vorgehen gegen jede Form des Antisemitismus zu fördern, ist die Pflicht der Politik.“ Die Fraktionen betonten auch: „Die Solidarität mit Israel ist ein integraler Teil der deutschen Staatsräson.“

Ein vom Bundestag berufener Expertenkreis kam im Herbst 2011 zu dem Schluss, dass in Deutschland ein erschreckend hoher Anteil von 20 Prozent offenem und latentem Antisemitismus zu finden ist – auch in der Mitte der Gesellschaft. Der bedeutendste politische Träger des Antisemitismus ist laut Expertenbericht nach wie vor das rechtsextremistische Lager. Daneben nennt der Bericht den Islamismus als neue und weitere Quelle für Antisemitismus und stellt fest, dass es auch unter Linken Positionen gibt, die „einen antisemitischen Diskurs befördern können“.

„Solidarität mit Israel ist Teil der deutschen Staatsräson“

In dem Antrag verpflichtet sich der Bundestag erneut, „jeder Form des Judenhasses und des Antisemitismus schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen entgegenzutreten“. Die Fraktionen beteuern: „Wir



Foto: picture alliance / ZB

Einführung eines Gemeinderabbiners in der Neuen Synagoge in Dresden

sind dankbar dafür, jüdisches Leben und jüdische Kultur in Deutschland zu haben. Ein starkes und vielfältiges Judentum bereichert das Zusammenleben und festigt den Zusammenhalt in Deutschland und Europa.“

Präventionsprogramme weiterführen

Der Antrag hält fest, dass in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in den vergangenen Jahren bereits viel Positives begonnen wurde, das es weiterzuführen gilt. So gibt es Präventionsprogramme und Beratungsnetzwerke, die zum Ziel haben, die Toleranz zu fördern und Opfern von rechtsextremistisch oder antisemitisch motivierter Gewalt Hilfe anzubieten. Im öffentlichen Leben, zum Beispiel in Justiz, Verwaltung und Sport wurde die Sensibilität für antisemitische Tendenzen geschärft. Austausch- und Begegnungsprogramme für Schüler aus Deutschland und Israel fördern das Verständnis füreinander und bereichern das kulturelle Leben. Die Bundesregierung fördert eine Vielzahl überregional bedeutsamer jüdischer Einrichtungen wie Hochschulen, Archive und Institute. Zur

Förderung des jüdischen Lebens in Deutschland hat der Bund die Mittel für den Zentralrat der Juden in dieser Legislaturperiode auf jährlich zehn Millionen Euro verdoppelt.

Aufklärung in Schulen

Zusätzlich zu all dem fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung in dem Antrag auf, in der nächsten Legislaturperiode erneut unabhängige Experten aus Wissenschaft und Praxis mit einem Bericht zum Themenkomplex Antisemitismus zu beauftragen. Die Wissenschaftler sollen konkrete Vorschläge für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus erarbeiten. Bestehende Programme, deren Wirksamkeit erwiesen ist, sollen auch in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen weitergeführt werden. Besonders in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen soll über Antisemitismus aufgeklärt, die Lehrpläne um das Thema „Jüdisches Leben heute“ erweitert werden. Außerdem sollen die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie die Nachrichtendienste weiterhin für das Thema Antisemitismus sensibilisiert werden.

„Die Menschen brauchen schnelle und unbürokratische Hilfe“

Arnold Vaatz über die zweite „Jahrhundertflut“ in elf Jahren



Foto: Laurence Chaperon

Arnold Vaatz
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Nur elf Jahre nach der „Jahrhundertflut“ 2002 sind erneut weite Teile Bayerns und Ostdeutschlands von einer Hochwasserkatastrophe betroffen. Ganze Dörfer und Stadtteile mussten evakuiert werden; zahlreiche Menschen sind in ihrer Existenz bedroht. Über die Flut und die Konsequenzen sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Arnold Vaatz.

Herr Vaatz, Sie waren persönlich in den betroffenen Gebieten. Welchen Eindruck haben Sie mitgenommen?

Vaatz: Menschen in meiner unmittelbaren Nachbarschaft mussten hilflos mit ansehen, wie ihnen das Elbwasser in die Wohnräume lief. Gleichzeitig habe ich wieder – wie schon 2002 – eine enorme Solidarität und Hilfsbereitschaft erlebt. Mein großer Dank und Respekt gilt den vielen freiwilligen Helfern, oftmals junge Leute, die Sandsäcke abfüllten, Dämme errichteten, über soziale Medien Hilfe koordinierten oder für die Verpflegung vor Ort sorgten. Insbesondere danke ich den Profis von Bundeswehr, THW, Berufsfeuerwehr, freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdiensten und Katastrophenteams der Verwaltung, nicht

zuletzt für die Ruhe und Besonnenheit, die sie ausstrahlten und die sich auch auf die Betroffenen übertrug.

Das Ausmaß der Schäden ist noch nicht absehbar, aber schon jetzt stellt sich die Frage: Was kann der Bund tun?

Vaatz: Die von der Hochwasserflut betroffenen Menschen brauchen jetzt schnelle, unbürokratische Hilfe. Soforthilfen von Bund und Ländern geben eine erste finanzielle Unterstützung. Wir setzen uns für die schnelle Instandsetzung und den Wiederaufbau der geschädigten Wohnräume, Gewerbe- und Industrieanlagen sowie der Verkehrsinfrastruktur ein. Dazu wollen wir einen nationalen Hilfsfonds einrichten. Wichtig ist, dass die Bundeskanzlerin bereits in dieser Woche mit den Ministerpräsidenten der Länder im Kanzleramt die notwendigen Voraussetzungen dafür schuf.

„Planungsverfahren müssen beschleunigt und vereinfacht werden“

Besonders betroffen ist die Landwirtschaft. Mit Ernteaussfällen muss gerechnet werden. Wie kann man den Bauern unbürokratisch helfen?

Vaatz: Land- und Forstwirtschaft erhalten ebenfalls unbürokratisch Soforthilfen des Bundes und der Länder. Darüber hinaus gibt es gerade für Ernteschäden und andere land- und forstwirtschaftliche Schäden weitere Hilfen. Existenzgefährdungen und Härtefälle bedürfen unserer besonderen Solidarität. Außerdem haben Länder wie Sachsen im Einvernehmen mit dem Bund bereits steuerliche

Erleichterungen zur Entlastung des Gewerbes zugesagt.

Schutzmaßnahmen, die nach der Jahrhundertflut 2002 geplant wurden, scheiterten zum Teil an Bürgerprotesten. Sollte Allgemeinwohl nicht vor Eigeninteresse gehen?

Vaatz: Die Zerstörungen der Flut haben gezeigt, dass die Politik gefordert ist, die Menschen, ihr Eigentum und die Infrastruktur besser zu schützen. Hochwasserschutz als öffentliches Interesse muss in Risikogebieten Vorrang vor Einzelinteressen haben. Dicht besiedelter Raum muss mit technischen Mitteln effektiv geschützt werden; gleichzeitig dürfen in hochwassergefährdeten Gebieten keine neuen Siedlungsgebiete mehr ausgewiesen werden. Für die Schaffung von entlastenden Überflutungsflächen an unseren Flüssen, z.B. durch die Zurückverlagerung von Dämmen auch unter Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen, müssen wir gemeinsam mit den Landwirten eine verträgliche Lösung finden.

Landespolitiker monieren auch über lange Planungsverfahren beim Bau von Dämmen. Wie kann man schnell Abhilfe schaffen?

Vaatz: Viele neue Überflutungsflächen, die nach 2002 entstehen sollten, sind an den Klagen Einzelner sowie von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden gescheitert. Im Interesse des Allgemeinwohls braucht die öffentliche Hand bessere rechtliche Rahmenbedingungen. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt und vereinfacht werden. So können Klagen durch Reduzierung der gerichtlichen Instanzen schneller entschieden werden, wie schon in den 90er Jahren beim Aufbau der ostdeutschen Infrastruktur.

Kräftige Finanzspritze für Krankenhäuser

Bundestag genehmigt Zuschläge

Die Krankenhäuser in Deutschland bekommen eine kräftige Finanzspritze. Das entschied der Bundestag am Freitag. Für 2013 und 2014 erhalten die Kliniken 1,1 Milliarden Euro – vor allem um die Auswirkungen der „doppelten Degression“ zu lindern, ein Effekt, der bei steigenden Fallzahlen zu stetig sinkenden Einnahmen führt. Aufgefangen wird der Effekt ab dem 1. August diesen Jahres mit einem Zuschlag von einem Prozent auf die Fallpauschalen, die Krankenhäuser für die Behandlung ihrer Patienten bekommen. Für das gesamte kommende Jahr wird dann ein Zuschlag von 0,8 Prozent gewährt.

Da es der Union ein zentrales Anliegen ist, die Hygiene in den Krankenhäusern zu verbessern, wurde zudem beschlossen, die Einstellung, Fort- und Weiterbildung von Hygienepersonal mit 55 Millionen Euro zu unterstützen. Darüber hinaus

erhalten die Krankenhäuser in den Jahren 2014 und 2015 einen Ausgleich für die steigenden Personal- und Sachkosten. Um zu vermeiden,



© Franck-Boston - Fotolia.com

dass die Kliniken die teilweise hohen Tariflohnsteigerungen alleine tragen müssen, werden diese für das Jahr 2013 anteilig von den Krankenkassen mitfinanziert.

Länder nun am Zug

Das Krankenhaus-Hilfspaket ist eine Reaktion auf die Tatsache, dass viele Krankenhäuser in Deutschland insbesondere wegen der teilweise ausbleibenden Investitionen der Länder und der hohen Tarifsteigerungen finanziell schlecht dastehen. Das Geld kann schnell und unbürokratisch fließen. Die Krankenhäuser können jetzt für dieses und das kommende Jahr auf einer soliden Basis planen. Langfristiges Ziel muss es allerdings sein, die Krankenhäuser finanziell so aufzustellen, dass sie nicht gezwungen sind, Investitionen

aus dem laufenden Betrieb zu finanzieren. Die Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht, nun sind die Länder am Zug.

Steuervorteile auch für homosexuelle Lebenspartnerschaften

Koalition setzt Karlsruher Urteil zügig um – Einkommensteuerrecht wird angepasst

Das Ehegattensplitting im Steuerrecht kommt künftig auch Menschen zugute, die in einer eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben. Die christlich-liberale Koalition brachte am Freitag in erster Lesung eine entsprechende Änderung des Einkommensteuergesetzes auf den Weg. Vorausgegangen war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, das eine steuerliche Benachteiligung von Lebenspartnerschaften im Vergleich zu Ehepaaren für ungültig erklärt hat.

Unmittelbar nach dem Urteil hatte die Union angekündigt, die Bestimmung zeitnah im Gesetz umzusetzen. Mit einer Verabschiedung der Novelle in der letzten Sitzungswoche des Bun-

destages Ende Juni kann die steuerliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften noch in dieser Legislaturperiode wirksam werden. Die Karlsruher Richter verlangten, dass der sogenannte Splittingvorteil rückwirkend zum 1. August 2001 in Anspruch genommen werden kann, sofern der Einkommensteuerbescheid noch nicht rechtskräftig ist. Wegen der Rückwirkung belastet die Änderung die öffentlichen Kassen in diesem Jahr mit 175 Millionen Euro, von denen 81 Millionen auf den Bund entfallen. In den darauffolgenden Jahren entgehen dem Fiskus je 55 Millionen Euro, von denen wiederum 27 Millionen Euro den Bund betreffen.

Verbesserungen für Familien geplant

Parallel zur Umsetzung des Urteils machte die Unionsfraktion deutlich, dass sie dem Auftrag des Grundgesetzes, Ehe und Familie unter besonderen Schutz zu stellen, weiterhin nachkommen wolle. So plant sie grundsätzlich, das Steuerrecht zugunsten von Familien mit Kindern weiterzuentwickeln. Für die kommende Wahlperiode sieht sie eine Erhöhung des Kinderfreibetrages und eine Anhebung des Kindergeldes vor. Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, sollen in der Rente bessergestellt werden.

Drei-Prozent-Hürde für Europawahlen beschlossen

Funktionsfähigkeit des Parlaments in Straßburg sichern

Bei der Europawahl im kommenden Jahr wird in Deutschland eine Drei-Prozent-Hürde gelten. Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen verabschiedete der Bundestag am Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf, der auf eine Initiative der Unionsfraktion zurückging.

Die Drei-Prozent-Klausel war in jüngster Vergangenheit vor allem von Europa-Abgeordneten angemahnt worden, die Sorgen um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments hatten. Auch wegen der wachsenden Bedeutung des Europaparlaments ist es ihrer Ansicht nach wichtig, zu stabilen Mehrheiten zu kommen. Ohne eine Sperrklausel droht aber eine Zersplitterung des Straßburger Abgeordnetenhauses in zahlreiche Kleinstfraktionen, die sich nur schwer zu Koalitionen zusammenfänden.

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2011 die in Deutschland bisher gültige Fünf-Prozent-Klausel für Europawahlen für verfassungswidrig erklärt. Das zentrale Argument: Das Europaparlament sei kein vollwertiges Parlament.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, hatte in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“



Foto: picture alliance / Arco Images

Das Europaparlament in Straßburg

darauf hingewiesen, dass die Funktion des Europaparlaments im europäischen Institutionsgefüge seit dem Urteil viel klarer geworden sei. So werde das Abgeordnetenhaus bei der Berufung des neuen EU-Kommissionspräsidenten nach der Europawahl 2014 vermutlich erstmals eine zentrale Rolle einnehmen. Insofern sei eine Drei-Prozent-Hürde gerechtfertigt.

Sachverständige sahen in einer An-

hörung des Bundestags die Untergrenze ebenfalls als zulässig an. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, argumentierte laut einer Mitteilung des Bundestags: Wenn sich der Gesetzgeber für eine neue Hürde entscheide, komme er seiner „verfassungsrechtlich aufgetragenen Beobachtungs- und Anpassungspflicht nach“.

Die Fraktion informiert

Landleben hat Zukunft

Neues Info-Faltblatt der Unionsfraktion

Die Hälfte der Deutschen lebt auf dem Land. Ihnen soll es nach dem Willen der Unionsfraktion auch in Zukunft nicht schlechter gehen als den Städten – trotz des demografischen Wandels. Die christlich-liberale Koalition hat deshalb Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Regionen getroffen. Welche das sind, zeigt das neue Faltblatt „Landleben hat Zukunft“ auf.

Für die Unionsfraktion ist es zum Beispiel wichtig, dass auf dem Land Arztpraxen und Apotheken erhalten bleiben. Deshalb wird jungen Medizinern finanzielle Unterstützung ange-

boten, damit sie sich auf dem Land niederlassen. Die Apotheken auf dem Land erhalten künftig für ihren Notdienst mehr Geld.

Der Flyer beschreibt auch, wie das Breitbandnetz flächendeckend ausgebaut werden soll, warum die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur so wichtig sind und wie die Energiewende zu mehr Wertschöpfung auf dem Land beiträgt.

Das Faltblatt kann unter fraktion@cducsu.de kostenlos bestellt werden und steht unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.

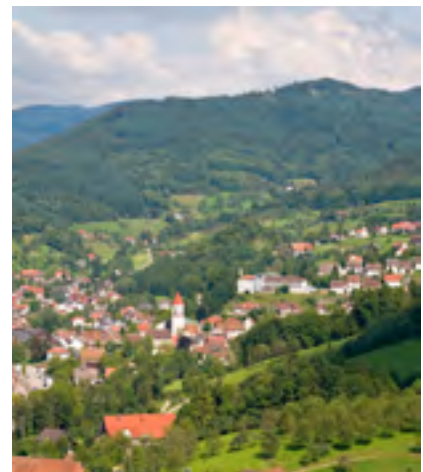


Foto: © peresanz - Fotolia.com

Vertrauen in Banken wieder aufbauen

Fachgespräch zum „finanziellen Verbraucherschutz“

Die christlich-liberale Koalition hat Sparern und Anlegern in dieser Legislaturperiode massiv den Rücken gestärkt. Von der Honorarberatung über Beratungsprotokolle und Produktinformationsblätter bis hin zur Schaffung eines Verbraucherbeirates bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat sie konkrete Verbesserungen für die Menschen umgesetzt, ohne den Markt mit Vorschriften zu überfrachten. Trotzdem bleibt noch einiges zu tun.

Welche Maßnahmen für die künftige Wahlperiode vorrangig sind, darü-

ber diskutierten Politiker, Wissenschaftler sowie Vertreter von Banken und Verbrauchergruppen in dieser Woche bei einem Fachgespräch „Finanzieller Verbraucherschutz“, zu dem der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Fraktion, Franz-Josef Holzenkamp, und die Verbraucherschutzbeauftragte Mechthild Heil eingeladen hatten. Dabei ging es auch um die Frage, wie verloren gegangenes Vertrauen in Banken und Kreditanstalten zurückgewonnen werden kann.

Der Staatssekretär im Verbraucherministerium, Peter Bleser, betonte, es liege im Interesse der Anbieter von Finanzdienstleistungen, kundenfreundlich zu sein. Gute Beratung sei für Finanzinstitute das beste Geschäftsmodell, um verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Andreas Oehler von der Universität Bamberg betonte, dabei komme es nicht auf die Menge der Informationen an, sondern auf ihre Qualität. Sonst drohten die Kunden in der Informationsflut zu ertrinken.

„Gesellschaft braucht Herzens- und Gewissensbildung“

Bundeskanzlerin beim 20. Geburtstag des Kardinal-Höffner-Kreises



Foto: Bundesregierung Sandra Steins

Die Bundeskanzlerin bei der Jubiläumsfeier

Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel haben die katholischen Abgeordneten der Unionsfraktion vergangene Woche das 20-jährige Bestehen des Kardinal-Höffner-Kreises gefeiert. In ihrer Festrede vor 300 Gästen würdigte Merkel den Namensgeber des Kreises, den einstigen Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Höffner. Er habe als Sozialwissenschaftler und Bischof zu seiner Zeit dazu beigetragen, die katholische Soziallehre mit zur Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zu machen, sagte die Kanzlerin.

Angela Merkel betonte in der Katholischen Akademie, dass es einer „Herzensbildung und einer Gewissensbildung“ der Menschen bedürfe, um den Zusammenhalt in einer Gesellschaft zu organisieren. Grundlage ihrer Politik sei das christliche Menschenbild. Aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen ergebe sich, dass der Mensch zu Freiheit und Verantwortung berufen sei, sagte die Kanzlerin. Daraus lasse sich konkrete Politik ableiten, etwa der unbedingte Schutz menschlichen Lebens am Anfang und am Ende.

*„Sich bekennen,
wenn es drauf
ankommt“*

Der Vorsitzende des Kardinal-Höffner-Kreises, der Staatssekretär im Familienministerium, Hermann Kues, warb dafür, sich in einer zunehmend säkularen Gesellschaft zu den eigenen Werten und zum Christentum zu bekennen. Viele Menschen hätten kein Verständnis mehr für die öffentliche Bedeutung von Kirche und Religion; da müsse man gegenhalten. Zwar sei es nicht nötig, das eigene Bekenntnis „wie eine Monstranz“ vor sich herzutragen, aber man müsse sich bekennen, „wenn es drauf ankommt“.

Der Kardinal-Höffner-Kreis wurde 1993 in Bonn gegründet. Das Netzwerk aus Abgeordneten, Unternehmern und Wissenschaftlern trifft sich regelmäßig mit Repräsentanten der katholischen Kirche und diskutiert über gesellschaftspolitische Fragen.

„Teil der deutschen Freiheitsgeschichte“

Gedenken an die Opfer des DDR-Volksaufstands vom 17. Juni 1953

Mit einer Gedenkveranstaltung im Berliner Tränenpalast hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an den DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erinnert. Vor Zeitzeugen und Vertretern von Opferverbänden gedachten die Teilnehmer mit einer Schweigeminute der Opfer des Aufstandes. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, der Aufstand des 17. Juni 1953 sei ebenso wie die friedliche Revolution vom Herbst 1989 Teil der deutschen Freiheitsgeschichte.

Am 17. Juni 1953 gingen in rund 700 Städten und Gemeinden der DDR mehr als eine Million Menschen auf die Straße. Aus anfangs sozialen Protesten entwickelte sich der Ruf nach Demokratie und Freiheit. Der Aufstand wurde mit sowjetischen Panzern blutig niedergeschlagen. Über 50 Menschen starben, sieben wurden hingerichtet, etwa 1.600 zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Kauder sagte, ihn erinnere der Ort der Veranstaltung – der Berliner Tränenpalast – an die schmerzhaft begrenzte Freiheit, die die Menschen in der ehemaligen DDR erleiden mussten. „Tränenpalast“ ist der Name, den der Volksmund der Ausreiseshalle am Grenzübergang Friedrichstraße im geteilten Berlin gab.

Der Fraktionsvorsitzende wies darauf hin, dass junge Menschen heute den Wert der Freiheit oft nicht mehr genügend schätzen. Der lange Kampf der Deutschen um Würde und Freiheit verpflichte aber dazu, weltweit den Menschen beizustehen, die genau dafür kämpften.

Kampfeswillen gespürt

Der Zeitzeuge Lutz Rackow, 1953 Redakteur bei der Tageszeitung „Der Morgen“, sprach eindrücklich von seinen Erlebnissen in der Diktatur. Rackow nannte den ostdeutschen Staat eine „Zwangseinrichtung“. Er habe einen immensen Kampfeswillen



Demonstranten gehen durchs Brandenburger Tor

gegen die Unterdrückung bei den Demonstrationen 1953 verspürt. Sein Fazit nach dem gescheiterten Aufstand: „Alle haben die DDR ertragen. Es gab aber niemand, der sie trug.“

Der Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde, Roland Jahn, bezeichnete den 17. Juni 1953 als „Tabuthema in der DDR“. Von den Machthabern der SED sei dieser Tag als „faschistischer Putschversuch“ umgedeutet worden. Auch er selbst habe den Aufstand und vor allem die Menschen, die dabei ihr Leben ließen oder verhaftet wurden, langezeit nicht genügend gewürdigt. Die Erinnerung an den 17. Juni sei aber unverzichtbar. Durch Gedenktage, Zeitzeugenberichte und Gedenkstätten würden viele Menschen erst

begreifen, wie kostbar die Güter der Freiheit und Demokratie sind.

Verklärung nicht zulassen

Auch die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Monika Grütters, und der stellvertretende kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Marco Wanderwitz, mahnten, dass vor allem bei der jungen Generation die DDR-Diktatur nicht in Vergessenheit geraten dürfe. Deshalb verlas Astrid Wallmann, stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union, die sogenannte Tränenpalast-Erklärung der CDU/CSU-Fraktion. In dieser „Erklärung für Freiheit und Demokratie“ betont die Fraktion, dass sie eine Verklärung und Verharmlosung der SED-Diktatur nicht zulassen werde. Für CDU und CSU dürfe es keinen

Schlussstrich unter die Aufarbeitung des SED-Unrechts geben. Man werde sich auch international für Freiheit und Menschenrechte und gegen Unterdrückung einsetzen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium und Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in den Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Hartmut Koschyk, wies darauf hin, dass nach langen Bemühungen des Finanzministeriums am 16. Juni 2013 der bundeseigene Vorplatz an der Ecke Leipziger Straße/Wilhelmstraße nun in „Platz des Volksaufstandes von 1953“ umbenannt wird. Dies sei eine „späte, aber unverzichtbare Würdigung“ des Aufstandes.

Zufriedenheit mit Demokratie steigt

Obwohl die Wahlbeteiligung der Deutschen seit Jahren sinkt, steigt ihre Zufriedenheit mit der Demokratie. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Bertelsmann Stiftung und des Instituts für Demoskopie Allensbach von dieser Woche. Die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie und dem politischen System wächst besonders bei den Ostdeutschen: 2003 zeigten sich lediglich 47 Prozent der Ost-Bürger zufrieden, inzwischen tun dies 74 Prozent. In Westdeutschland stieg der Wert von 72 auf 84 Prozent. Nur elf Prozent der Bundesbürger gaben an, mit der Demokratie unzufrieden zu sein. Zehn Jahre zuvor waren es noch 29 Prozent.

Wahlbeteiligung sinkt

Demgegenüber sinkt die Wahlbeteiligung kontinuierlich. Bis Mitte der 80er Jahre lag die Beteiligung an Bundestagswahlen noch bei 90 Prozent; 2009 nur noch knapp über 70 Prozent. Grund sei in erster Linie, dass immer mehr Einkommensschwache und Bildungsferne am Wahlsonntag zu Hause blieben, ermittelten die Institute. Wahlenthaltung ist jedoch weniger eine Folge von Frust oder Protest, sondern vielmehr von Gleichgültigkeit – je geringer der Sozialstatus und je größer das politische Desinteresse im Freundeskreis, desto weniger wahrscheinlich der Gang zur Wahlurne.

Verändert haben sich auch die Motive für politisches Desinteresse. Von den nicht oder wenig an Politik Interessierten nennen 45 Prozent als Grund, sie könnten ohnehin nichts ausrichten. Andererseits beklagen aus dieser Gruppe 61 Prozent, Politik sei für sie oft schwer nachvollziehbar und undurchsichtig. 46 Prozent der politisch Desinteressierten sagen, Privates und Beruf seien ihnen wichtiger; 38 Prozent geben an, von Politik und Politikern enttäuscht zu sein.



Zeichnung: Tomicek

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

25. Juni 2013 PKM Sommerfest im Garten des Kronprinzenpalais

Berliner mögen ihre Stadt

Die Berliner fühlen sich ihrer Stadt überdurchschnittlich stark verbunden. Das zeigte eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap unter 500 Berlinern. Zwar ist die Zahl derer, die sich in ihrem Stadtteil beziehungsweise in Berlin insgesamt sehr wohl fühlen, geringer als in vielen anderen Teilen Deutschlands. Dennoch fühlen sich sechs von zehn Berlinern (58 Prozent) und damit etwas mehr als im bundesweiten Schnitt (54 Prozent) der eigenen Region, also der Stadt Berlin, sehr verbunden.

„Obwohl der Berliner mit vielem unzufrieden ist, ist er der Stadt und den hier lebenden Menschen eng verbunden“, erklärte das Meinungsforschungsinstitut. Zur Identifikation mit der Stadt trage vor allem der Berliner Menschenschlag bei: Knapp jeder zweite Hauptstädter gibt an, das spezifische Naturell seiner Mit-Berliner beziehungsweise den Berliner Dialekt besonders zu mögen. Eigene lokale Traditionen oder eine spezielle regionale Küche werden von den Hauptstädtern dagegen deutlich weniger betont als von den Bürgern in anderen Landesteilen Deutschlands.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducusu.de/ff



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusub